

Volksrecht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Zeile für sechs tägliche Ausgaben und Schichten 2. — M., auswärts 2.25 M., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.40 M., Geschäftsstellen, Verträge, Verdingungen und Wohnungsmietungen 0.40 M., kleine Anzeigen pro Wort 0.20 M., bei 1000 Wörtern 1. — M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Geschäftsabteilung Juristraße 40 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werttätige Bevölkerung

Verlagspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit dem Inhalt der „Volksrecht“, Neue Preisliste Nr. 3 und durch die Verlagsanstalt zu beziehen. Wochensatz 1.20 M., Monatsatz 5.10 M., Vierteljahrsatz 15.30 M., (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen Vierteljahrsatz 15.30 M., (ohne Postgebühren), bei uns durch die Post = = = = = monatlich 6.10 M., Vierteljahrsatz 18.30 M. = = = =

Verlagspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit dem Inhalt der „Volksrecht“, Neue Preisliste Nr. 3 und durch die Verlagsanstalt zu beziehen. Wochensatz 1.20 M., Monatsatz 5.10 M., Vierteljahrsatz 15.30 M., (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen Vierteljahrsatz 15.30 M., (ohne Postgebühren), bei uns durch die Post = = = = = monatlich 6.10 M., Vierteljahrsatz 18.30 M. = = = =

Verlagspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit dem Inhalt der „Volksrecht“, Neue Preisliste Nr. 3 und durch die Verlagsanstalt zu beziehen. Wochensatz 1.20 M., Monatsatz 5.10 M., Vierteljahrsatz 15.30 M., (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen Vierteljahrsatz 15.30 M., (ohne Postgebühren), bei uns durch die Post = = = = = monatlich 6.10 M., Vierteljahrsatz 18.30 M. = = = =

Der Oberste Rat versammelt.

Vor der Entscheidung.

Heute vormittag um 1/12 Uhr treten die Mitglieder des Obersten Rates, begleitet von ihren Sachverständigen, zusammen um eine ganze Reihe von schwebenden Fragen zur Ausführung der Friedensverträge zu entscheiden, von denen die oberste politische nur eine, wenn auch die wichtigste, ist. Von den anderen Fragen sei nur an die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen in Westdeutschland mit ihrer künftigen Fiktion erinnert, die ein Stück Deutschland vom anderen wirtschaftlich trennt und auch politisch absondelt. Die Flüssigmachung der deutschen Schuld, die Beratung der Leipziger Prozesse und andere „deutsche Fragen“ kommen dazu, von denen nur die Entwaffnung als stehender Programmpunkt solcher Tagungen genannt sei. Dann aber darf man auch nicht vergessen, daß gleichzeitig Fragen beraten werden, die Deutschland unmittelbar gar nichts angehen, wie die Orientfrage und die Frage einer alliierten Hilfsaktion für Rußland. Das alles soll in wenigen Tagen beraten und entschieden werden; denn es stellt immer nur noch einen begrenzten Ausschnitt aus den Fragen dar, die Staatsleute, wie Lloyd George und Curzon beschäftigen, vor denen in Irland, in Ostasien und auf der bevorstehenden Washingtoner Weltabrüstungskonferenz schon wieder ganz andere Ausblicke liegen. . . . Trozdem besteht einige Hoffnung, daß wenigstens ein paar nachdenkliche Augenblicke lang das ganze schlichte Schwerkgewicht unserer schlechten Schicksalsfrage die tagenden Herren der Welt bedrücken wird. So bedeutungslos wir Deutsche als Machtfaktor in der Weltpolitik geworden sind, so wichtig bleibt unsere Rolle als Leistungsfaktor, von dem ja doch mindestens die Wirtschaftskraft eines anderen großen europäischen Staates — Frankreichs — entscheidend abhängt und damit auch die Frage der ganzen Lebensansprüche und Wachstumsforderungen dieses mächtigen Militärsstaates, welche die anderen Großmächte wiederum in ihren Interessenphären berühren. Wie die französische imperialistische Lösung der Frage des Ruhrgebiets hier einmal als der kurze Weg zu einer einseitigen französischen Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent bezeichnet worden ist, so ist die französisch-polnische Lösung der oberschlesischen Frage der lange Weg zu dem gleichen Ziel einer Verzimmerung der einheitlichen deutschen Wirtschaft und des schwachen, aber immer noch einheitlichen deutschen Staatsbaues in einer Reihe von kleinen Vasallen-Staaten nach dem Vorbild des Saargebiets unter Herabdrückung des deutschen Ostens zur Beute des polnischen Söldners Frankreichs.

Deutschland ist in London nicht vertreten, und es fällt dort nicht in die Wagschale, was wir noch einmal in Zusammenfassung aller unserer Rechtsgründe anführen können. Eindringlich hat der Reichskanzler immer wieder unser aller ehrlichen Zweifel ausgesprochen, daß wir nach einer ungünstigen Entscheidung die übernommenen Pflichten erfüllen können. Nicht als ob dafür die Befassung des ungeteilten ganzen Oberschlesien bei Deutschland sicher ausrechenbare Voraussetzung wäre. Wenn die Reichsregierung den Anspruch auf das ungeteilte Oberschlesien grundsätzlich festgehalten hat, so geschah das wohl vor allem von dem Gedanken an das Schicksal der abzutretenden Bezirke aus. Umkämpft wird auf der Konferenz tatsächlich auch von unseren „Freunden“ das Schicksal der Kreise Plesch und Rybnik und eines schmalen östlichen Streifens, der Polen sicher zu sein scheint, nicht mehr, ebensowenig wie Oppeln und der größte Teil des oberschlesischen Westens uns von irgend jemand ernstlich bestritten wird. Der Kampf geht um das alte Indufriedbreit, das nach Abzug jenes ungeduldeten Streifens eine sehr starke deutsche Mehrheit hat. Der Kampf geht nicht um Polens Lebensfähigkeit, die von der Intensität seiner Arbeit abhängt, der schon heute riesige Naturkräfte unangebeutet zur Verfügung stehen. Der Kampf geht um das Recht, daß im Versailler Vertrag leider nur „ausführlich“ behauptet geblieben ist, das aber aus den Vorkriegsergebnissen — die unter dem Eindruck der ungeheuren deutschen Widergutmachungslast, der Gewaltanwendung auf deutscher Seite und des allgemeinen Friedens im Osten standen und uns dennoch drei Fünftel der Stimmen brachten — deutlich genug spricht. Der Kampf geht um

den europäischen Frieden, der durch die polnischen Ansprüche nicht nur in seinen Macht- und Wirtschaftsgrundlagen, sondern auch in seinen Grundfragen bedroht wird. Wir warten als Zuschauer, wie uns das Los fällt und werden unsere Stimmen erst wieder hörbar erheben können, wenn nichts mehr zu ändern ist.

Vor der Konferenz.

Lloyd George und Lord Curzon mit der gesamten britischen Delegation sowie der japanische Botschafter in London sind gestern abend in Paris angekommen. Sie wurden vom Ministerpräsidenten Briand und zahlreichen offiziellen Persönlichkeiten empfangen. Briand ist von Lloyd George für heute abend zu einem Essen eingeladen worden. Die erste Sitzung des Obersten Rates beginnt morgen vormittag erst um 1/12 Uhr, um dem italienischen Ministerpräsidenten Bonomi zu ermöglichen, an ihr teilzunehmen.

Der „Temps“ weist in seinem heutigen Leitartikel darauf hin, daß jetzt in Paris eine Woche beginnt, die über die Zukunft entscheiden werde. Dem Ernst des Augenblicks könne niemand entgehen. Die alliierten Regierungen hätten sich darüber Rechenhaft abzugeben, daß die Zukunft der französisch-englischen Einigkeit und die Zukunft des europäischen Friedens auf dem Spiel stehen. Bevor man über die Teilung Oberschlesiens berate, könne sich der Oberste Rat über die Entsendung von Truppenverständigungen aussprechen. Wenn das französische Volk die Entsendung von Verstärkungen wünsche, so habe es dabei keine Hintergedanken. Wenn mangels Verstärkungen der Bürgerkrieg in Oberschlesien wieder ausbrechen werde, dann könnten die alliierten Truppen überflüssig werden. Die Truppen würden dann den Befehl erhalten, sich zurückzuziehen. Wenn man dann einem deutschen Aufstand oder einem deutschen Überfall in Oberschlesien gegenüberstünde, könnten die alliierten Regierungen, wenn sie an Ort und Stelle nicht sofort handeln könnten, vielleicht Zwangsmassnahmen gegen das gesamte Deutsche Reich annehmen. Das sei eine Möglichkeit, die man ins Auge fassen müsse, da man die Verantwortung auch gemeinsam tragen müsse. Schließlich sagt der „Temps“, wenn man keine Lösung der oberschlesischen Frage finde, die Frankreich als „gerecht“ ansehen könne, so müßte man die oberschlesische Frage in der Schwebe lassen, denn keine französische Regierung könne einer Regelung zustimmen, die die Volksmassen in Frankreich für ungerecht halte. Frankreich werde sich dann auf sich selbst zurückziehen und werde sich damit beschäftigen, einem deutschen Angriff vorzubeugen.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erklärt, bevor die oberschlesische Grenzfrage erwohnen werde, werde Briand als Vorsitzender der Konferenz darauf bestehen, daß die Verstärkungen für Oberschlesien erstert werden. Die letzten englischen Berichte belagen, daß im Abstimmungsgebiet fast überall Frieden und Ordnung herrschen, so daß die Notwendigkeit für Verstärkungen nicht groß sei. Die französische Regierung beabsichtige, als Zeugen für die Notwendigkeit einer weiteren militärischen Aktion der Alliierten außer General Le Rond noch General Kollet und sogar Marshall Koch zu bringen. Der Berichterstatter erklärt, man müsse vermeiden, daß irgend welche Meinungsverschiedenheiten über die Entsendung von Verstärkungen als Grund für die neue Verschiebung der entscheidenden Grenzregelung dienen, denn die sofortige Lösung sei wesentlich für die Wiederherstellung des politischen und wirtschaftlichen Gleichgewichts. Die Möglichkeit, unter gewissen Umständen ein großes kontinentales Stahlmonopol zu schaffen, könne ebenfalls nicht übersehen werden.

Das Sachverständigen-Gutachten.

Das Dokument der Sachverständigen, in dem die verschiedenen Vorschläge der einzelnen Delegationen aufgezählt sind, ist am Sonntag abend der französischen, englischen, amerikanischen und japanischen Delegation überreicht worden. Das Dokument enthält im Anhang eine Aufzeichnung einer kurzen Teil-Grenzkarte, über die auch die Sachverständigen noch am Sonntag einig geworden sein sollen. Diese Grenzlinie sieht Katibor als den ersten deutschen Grenzbahnhof vor und schließt die Kreise Krosenberg und Lublinitz zu Polen.

Freiheit für Wirth.

Reichstagsabgeordneter Wirth, der sich am Montag in Paris befindet, veröffentlicht heute im „Populaire“ einen Artikel und erklärt, die augenblickliche deutsche Regierung sei der Auffassung seiner Partei, über die Notwendigkeit zu reparieren. Obwohl er die innere und Finanzpolitik des Kabinetts nicht teilen, erfordere doch, anzuerkennen, daß sie den ersten Wunsch habe, Pflichten zu erfüllen, die der Friedensvertrag von Versailles Deutschland auferlegt.

Deutschland hoffe, daß der Oberste Rat eine Lösung finden werde, die das Ergebnis der Volksabstimmung berücksichtige und Deutschland die Möglichkeit zum Leben lasse. Wirth sagt schließlich: Die Alliierten würden bei allen bürgerlichen Parteien Unterstützung finden, wenn der Oberste Rat eine Entschädigung treffe, die das Industriegebiet Oberschlesiens Polen zuerkennt. In diesem Falle sei das Schicksal der Regierung Wirth festgelegt. Entweder werde sie sofort durch ein reichstehendes Kabinett ersetzt oder es würden neue Reichstagswahlen stattfinden, mit der Parole „Oberschlesien“, die für die Nationalisten besonders günstig ausfallen würden. Es handelt sich keineswegs um eine Personenfrage, wenn der Reichskanzler Wirth verschwindet, sondern es wäre eine Erneuerung für alle Reaktionen in Deutschland. Wirth schließt seinen Artikel, indem er sagt: Die Reinigung der französisch-deutschen Atmosphäre sei deren grundlegende Bedingung. Jeder Oberschlesien behält noch eine Serie von Konflikten, die verstanden müßten, damit normale Beziehungen zwischen dem französischen und dem deutschen Volk wieder möglich würden. Er wolle nicht, von einer Entente zu sprechen.

Die Steuervorlagen der Regierung.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

Unmittelbar vor dem Zusammentritt des Obersten Rates, der über das Schicksal Oberschlesiens entscheiden soll, hat die deutsche Regierung die Entwürfe von fünfzehn neuen Steuergeetzen veröffentlicht, die alle dem gemeinsamen Zweck dienen, den ungeheuren finanziellen Verpflichtungen des Reiches nach außen hin nachzukommen. Die Wahl des Zeitpunktes mag durch Zufall oder aus Absicht so erfolgt sein, wäre das zweite der Fall, so wäre das sicher ein taktisch geschickter Zug: Der Welt vor der großen Entscheidung noch einmal zu zeigen, welche ungeheuren Opfer das deutsche Volk auf sich nimmt, um seinen Ententegläubigern ein zahlungsfähiger Schuldner zu sein.

Das Schicksal der neuen Steuergeetze steht beim Reichstag. Daß sie nicht alle, so wie sie sind, angenommen werden, darf man nach der bisherigen Praxis des Reichstages als gewiß voraussehen. Ob aber etwas Positives zustande kommt, das soweit wie möglich geeignet ist, den Zweck zu erfüllen, das wird in hohem Grade von der Entscheidung über Oberschlesien abhängen. Die Steuerberatungen werden in ganz verschiedenen Atmosphären stattfinden, je nachdem im deutschen Volk der Eindruck besteht, daß durch Opfer schließlich doch eine Verbesserung der Gesamtlage zu erreichen ist, oder aber die Ueberzeugung vorwaltet, daß ja doch alles nichts hilft.

Die neuen Vorlagen, die an den Reichstag gehen, bevor sie dem Reichstag unterbreitet werden, liegen noch nicht in ihrem Wortlaut vor, sondern der Öffentlichkeit wird ihr Inhalt nur auszugsweise mitgeteilt. Bereits bekannt waren nur das Zuckersteuergesetz, das die Steuer von 15 Pf. auf 1 Mark für das Kilogramm erhöht, das Gesetz über das Branntweinmonopol mit einer Verflüssigung der Einnahme und das Süßstoffgesetz. Es folgen Vervierfachung der Leuchtstoffsteuer, Verdoppelung der Zündwarensteuer und der Mineralwassersteuer, Vervierfachung der Biersteuer, Aufhebung der Ermäßigungen der Tabaksteuer, höhere Zölle auf Kaffee, Tee, Schokolade, Erhöhung der Kohlensteuer auf 25, später 30 pCt., Verdoppelung der Umsatzsteuer.

All dies sind Steuern, die den Verbrauch treffen und die Lebenshaltung, die durch die Broterteuerung verteuert wird, abermals verteuern.

Viel ausführlicher als diese Verbrauchssteuern werden in der Veröffentlichung der Regierung die Steuern auf den Besitz behandelt. Der Raum, der ihnen gewidmet ist, beweist freilich nichts für die Bedeutung, die ihnen in der Gesamtheit der Steuervorlagen zukommt, Schätzungen der zu erwartenden Erträge fehlen in beiden Fällen, so daß es unmöglich ist, die Erträge der Verbrauchssteuern mit jenen der Besitzsteuern zu vergleichen.

Daß die Körperschaftsteuer bei den Erwerbsgesellschaften auf 30 Prozent von bisher 10 Prozent erhöht werden soll, war auch schon bekannt. Man hat an dieser Steuer vielfach berechtigter Kritik geübt, weil sie die an Schachtelgesellschaften abgehobenen Gewinne nicht richtig erfasst. Die Veröffentlichung der Regierung kündigt an, daß die bisherigen steuerlichen Begünstigungen dieser Schachtelgesellschaften abgeschwächt werden sollen. Auf der anderen Seite soll das Einkommen des Dividendenempfängers milder besteuert werden, um mit der schärferen Erfassung an der Quelle einen Ausgleich zu schaffen. Solange man nicht weiß, in welcher Art den Schachtelgesellschaften ihre bisherigen Begünstigungen gesperrt werden sollen und wie weit nicht am Ende durch die Begünstigung des Dividendenempfängers der Wert der Erhöhung der Körperschaftsteuer wieder ausgeglichen wird, wird es nicht möglich sein, zu einem abschließenden Urteil über diesen Gesetzentwurf zu gelangen.

Dasselbe gilt von der angeführten vollständigen Umgestaltung des Reichsstempelgesetzes, bei der Werten, Verschönerungen, Kraftfahrzeuge, Neugründung von Gesellschaften und Börsengeschäfte in neuer Weise erfasst werden sollen.

Die größte Bedeutung kommt der Veränderung des Reichsnotopfers zu. Die bisher nach dem Gesetz über seine beschleunigte Erhebung fälligen Raten sollen eingezogen werden, dann ist das Reichsnotopfer in

eine Vermögenssteuer übergeführt werden, die in den ersten Jahren für physische Personen 3,5 bis 4 Prozent, für nichtphysische 2 bis 2 1/2 Prozent betragen soll. Hierbei wird dem bekannten vom Reichswirtschaftsministerium propagierten Gedanken Rechnung getragen, daß das bisherige Steuerregime die Besitzer von Sachwerten gegenüber den Besitzern von bloßen Papierwerten in ganz ungerechter Weise gekostet hat. Es wird angekündigt, daß diese Sachwerte auf Grund von neuen alle drei Jahre zu wiederholenden Veranlagungen ihrem wirklichen Wert entsprechend besteuert werden sollen.

Ferner soll der Vermögenszuwachs im allgemeinen mit 1 bis 10 Prozent, der Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit mit 5 bis 30 Prozent besteuert werden. Schließlich folgt der vorklagende Satz: „Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als dem der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts.“

Damit wird auf die Tatsache angespielt, daß das Projekt einer festen Beteiligung des Reichs an der Substanz und an den Erträgen der Sachwerte zurzeit einer Prüfung durch einen besonderen Unterausschuß unterliegt. Dieses Projekt hat bekanntlich in allen Kreisen, die die Interessen des Besitzes vertreten, einen gewaltigen Sturm hervorgerufen. Durch die nicht zu unterschätzenden technischen Schwierigkeiten der Ausführung wurde die Stellung der Opposition wesentlich begünstigt. Es besteht aber auf der anderen Seite die Gefahr, daß auch die reichsweitesten Bestimmungen über die Besteuerung nur einen neuen Anreiz zur Umgehung der Gesetze bilden werden. Die Reichsbeteiligung würde diese Gefahr bei Unternehmungen, die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind, von vornherein ausschalten, bei anderen wie bei den landwirtschaftlichen Gütern zum mindesten verringern. Die Reichsbeteiligung hat ferner den ungeheuren Vorteil, daß sie das Reich nicht bloß zum Mittelnahmer nicht immer leicht feststellbarer Erträge, sondern zum Mitteilhaber an den Ertragsquellen selbst macht.

Was von diesem Projekt in den Beratungen des Kabinetts übrig bleiben wird, läßt sich schwer voraussagen. Auf keinen Fall wird es von der Sozialdemokratie ohne weiteres preisgegeben werden. Die Steuerreform legt der Masse des Volkes ungeheure Lasten auf, es ist Pflicht, dafür zu sorgen, daß sich der Besitz den seinen nicht durch neue Winkelsüge entzieht.

Amlich. Die Beratung des Reichskabinetts über die neuen Steuern ist zu einem gewissen Stillstand gekommen. Ueber die gesamten Steuerpläne des Reichsfinanzministeriums kann folgender Überblick gegeben werden.

- Es liegen folgende Gesetzentwürfe vor:
1. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Zuckergesetzes, Erhöhung der Zuckersteuer von 12 auf 180 Pf. für 100 Kilogramm.
 2. Entwurf eines Stillschlaggesetzes.
 3. Entwurf eines Gesetzes über das Erbschaftsteuermonopol, Erhöhung der Stillschlagsteuer von 800 auf mindestens 4000 Mark, unter gleichzeitiger Verringerung und Vereinfachung des Gesetzes.
 4. Entwurf eines Gesetzes betreffend Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern:
 - a) Erhöhung der Verbrauchsteuer auf das Bierfach.
 - b) Verdoppelung der Zündwarensteuer und der Mineralwassersteuer.
 - c) Erhöhung der Biersteuer auf das Bierfach, unter gleichzeitiger Erleichterung der Spannung zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Steuerfuß — 41 Pf.
 - d) Vereinfachung der Ermäßigung der Tabaksteuer — § 86 des Tabaksteuergesetzes — unter gleichzeitiger Umgestaltung der obersten Steuerfüße für je ein geschütteltes Kognakglas, Pfeifenlabak, Ray- und Schnupftabak.
 5. Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung von Steuern — Erhöhung der Zölle für Bananen, Datteln, Kaffee, Tee, Gewürze, Kattun und Schokolade, sowie für eine Reihe von Waren, die für den allgemeinen Verbrauch nicht wesentlich sind aber nur dem Luxus dienen.
 6. Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Realsteuergesetzes — Erhöhung der Realsteuer auf 30 v. H. des Wertes unter gleichzeitiger Ermäßigung des

Reichsministers der Finanzen, die Steuer vorübergehend auf 25 v. H. zu ermäßigen.

7. Entwurf eines Kennzeichengesetzes — Zulassung von Buchmacherweilen.

8. Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes — wesentliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer unter Einbeziehung der Lastkraftwagen.

9. Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes. — Die gegenwärtigen im Reichssteuerkodex vorgesehenen niedrigen Steuerfüße sollen erhöht und die Steuerbefreiung eingegrenzt werden. Der Steuerfuß soll für Feuerversicherungen auf unbewegliche Gegenstände 15 Pf., auf bewegliche Gegenstände 40 Pf. für 1000 Mark betragen unter entsprechender Berücksichtigung für Bauversicherungen, Lebensversicherungen 4 vom Hundert der Prämie.

10. Entwurf eines Gesetzes betreffend Abänderung des Umsatzsteuergesetzes. — Verdoppelung der Umsatzsteuer unter gleichzeitiger Einschränkung der Befreiungsvorrichtungen bei der Einfuhr und Ausfuhr, wobei jedoch den Bedürfnissen des Ausfuhrhandels Rechnung getragen werden soll. Möglichkeit der Vereinfachung der Luxussteuer. Erhöhte Umsatzsteuer für Luxusgüter, mit Zuschlagsrecht der Gemeinden. Der bisherige Beteiligungssatz der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer soll unverändert bleiben.

11. Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Körperschaftsteuergesetzes. — Die Körperschaftsteuer soll bei den Erwerbseinkünften 30 vom Hundert des gesamten steuerbaren Einkommens betragen. Die bisherigen steuerlichen Begünstigungen der Schachgesellschaften sollen abgeschwächt, die Erhöhung der Körperschaftsteuer durch eine Milderung der Besteuerung des Dividendeneinkommens in der Hand der Besitzer teilweise ausgeglichen werden.

12. Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes. Unter vollständiger Umgestaltung des Reichssteuerkodex, aus dem die Besteuerung der Kennzeichen, Versicherungen und Kraftfahrzeuge in besondere Gesetze übernommen werden soll, sollen die der Kapitalbildung dienenden Vorgänge in dem Kapitalverkehrssteuergesetz zusammengefaßt behandelt werden. Hierunter fallen Begründung von Gesellschaften, bei denen die Beteiligung auf Kapitaleinzahlungen beschränkt ist. Hierunter ist insbesondere die Bekämpfung der Mittelgesellschaften mit 7 Prozent zu erwähnen. Das System der Einkommensteuer soll unter Vornahme von beträchtlicher Vereinfachung belassen werden, jedoch unter Erhöhung der Sätze für Dividendennachteile, insbesondere Aktien. Die Steuer soll hierfür für Kundengeschäfte auf sechs Prozent erhöht, jedoch beweglich gestaltet werden, damit sie sich jeweils der wirtschaftlichen Lage anpassen kann. Weiter ist die Möglichkeit der Besteuerung des Devisenhandels geschaffen. Die letztere Maßnahme soll aber erst Platz greifen, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse anzeigt erscheinen lassen. Die Einkommensteuer soll auch die Vermehrung von Bezugsrechten erfassen. Endlich enthält das Gesetz eine Gewerbesteuerreform, die gelegt wird auf Erwerbe von ganzen Geschäftsunternehmungen und Sondervermögen und eine Ergänzung der Umsatzsteuer bildet.

13. Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes. Das Reichsnotopfer muß der fortschreitenden Entwertung der Mark und der Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, denen es nach seiner Anlage nicht Rechnung tragen konnte, angepasst werden. In erster Linie entbehrt das Festhalten an einem bestimmten Sittsitz, der nicht nur über die Steuerpflicht, sondern auch über den Vermögensstand und die Bewertung des Vermögens entscheidet, bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Gestaltung, die jeder Schwankung der Mark folgt, der jährlichen Verwertung. Bei dem Reichsnotopfer werden Vermehrungen des Vermögens und Wertveränderungen, die nach dem 31. Dezember 1919 eingetreten sind, grundsätzlich nicht. Wertminderungen nur im engen Rahmen berücksichtigt. Neu gebildete Vermögen werden von ihm nicht erfasst. Die Bildung des Reichsnotopfers, das auf der Grundlage einer besseren Mark errechnet worden ist, kann mit der schlechteren angenommen werden. Es läßt sich gerade diejenigen im weiten Umfang unberücksichtigt, die im wahren Sinne des Wortes Anhänger der Selbstbestimmung geworden sind. Das Reichsnotopfer stellt aber weiter deshalb eine unzulängliche Erfassung des tragfähigen Vermögens dar, weil die gegebenen Bewertungsgrundsätze unter dem Grundsatze einer besonderen Schonung der Sachwerte stehen. Eine Berücksichtigung der Sachwerte gegenüber dem reinen Kapitalvermögen erscheint unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr vertretbar. Während das Kapitalvermögen sich bei gleichbleibendem Markvermögen wirtschaftlich mit der sinkenden Kaufkraft der Mark vermindert, bleiben Gewerbebetriebe und Grundbesitz im wesentlichen von der Geldentwertung verschont.

Deshalb schlägt der Entwurf eines schrittweisen Ausbaus des Reichsnotopfers vor. Und zwar in der Weise, daß zwar der nach Gesetz über die bestmögliche Erhebung des Reichsnotopfers bezeichnete Teil erhoben im übrigen aber an die Stelle des Reichsnotopfers eine laufende Vermögenssteuer mit einem zeitlich begrenzten Zuschlag treten soll. Hierbei ist in Aussicht genommen, den ersten Stichtag aufzuheben und damit alle neu gebildeten Vermögen zu erfassen, die in der Zeitabstrichen von etwa drei zu drei Jahren oder auch in längeren Zeitabstrichen zu veranlagen und damit Wertveränderungen und Wertminderungen Rechnung zu tragen, schließlich

aber das Vermögen unter anderen wirtschaftlichen und rechtlichen Gesichtspunkten zu bewerten und damit die schwer empfindbare Ungleichmäßigkeit der geltenden Regelung auszugleichen. Die laufende Vermögenssteuer soll von 0,05 bis zu 1 vom Hundert aufsteigen und bei nicht physischen Personen 1 1/2 vom Hundert betragen. Hierzu soll auf die Dauer von 15 Jahren ein Zuschlag treten, der physische Personen 300 vom Hundert, für nicht physische Personen 100 vom Hundert der Vermögenssteuer beträgt. Jede Begründung des wachsenden Vermögens soll besteuert und dadurch der Druck auf das Vermögen durch die Vermögenssteuer abgemildert werden. Die Belastung durch die Vermögenssteuer und den Zuschlag wird in vielen Fällen einen Eingriff in die Vermögensverwaltung unvermeidlich machen.

Der Entwurf will aber jeden Zwang zu unwirtschaftlichen Abgabe von Teilen der Substanz vermeiden, es vielmehr die eigenen wirtschaftlichen Entschlüsse überlassen, in welcher Weise der Steuerpflichtige die regelmäßige nicht aus seinen Einkünften tragbare Steuerlast abtrotzen will. Zur Grundlage der Wertermittlung soll grundsätzlich der gemeine Wert, wie ihn die Reichsabgabenordnung umschrieben hat, gemacht werden. Aber in einer Zeit ständiger Bewegung der Mark mit den herkömmlichen Mitteln der Wertberechnung nicht auszukommen, sollen für die Dauer des Zuschlages für alles Vermögen, das nicht wie das Kapitalvermögen der Abwärtsbewegung der Mark folgt, besonders der Geldwertbewegung angepasste Bewertungsgrundsätze gelten. Diese Grundsätze sollen von dem Reichsminister der Finanzen nach Anhörung des Reichsrates, sowie von den repräsentativen der verschiedenen Erwerbszweige, sowie unter Beteiligung des Reichswirtschaftsrates mit bindender Kraft erlassen werden. Es sollen dem Wertstand der Mark Rechnung getragen und bei dem Betriebsvermögen, insbesondere auf Gewinn und Umsatz des Unternehmers, Rücksicht genommen. Dabei soll angeordnet werden können, daß der Wertberechnung feste Durchschnittssätze zugrunde gelegt werden. Das Ziel der Bewertungsgrundsätze soll und muß sein, die Sachwerte voll und ganz in entsprechender Weise zur Abgabe heranzuziehen. Inwieweit Zahlungen über den beschleunigt zu entrichtenden Teil des Reichsnotopfers hinaus geleistet worden sind, sollen sie unter entsprechender Verrechnung auf die Vermögenssteuer angerechnet werden auf Antrag in den gleichen Zahlungsmitteln erstattet werden, in denen sie entrichtet worden sind.

14. Entwurf eines Vermögenszuwachssteuergesetzes. — an die Stelle des geltenden Vermögenssteuergesetzes soll im Anschluß an die unter Ziffer 13 erwähnte Vermögenssteuer eine Vermögenszuwachssteuer treten, bei der die Wertung des Vermögens nach den gleichen Grundsätzen wie bei der Vermögenssteuer erfolgen soll. Vermögen, die nicht mehr als 100 000 Mark betragen, und ein Zuwachs, der 25 000 Mark nicht übersteigt, sollen von der Steuer freibleiben. Der Steuerfuß soll mit 1 vom Hundert für die ersten 100 000 Mark beginnen und bei Zuwachsbeträgen über 5 Millionen Mark den Höchstfuß von 10 vom Hundert erreichen.

15. Entwurf eines Gesetzes über die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Die Entwertung der Mark seit dem Jahre 1919 hat auf der einen Seite manchem Vermögen nur einen Bruchteil ihrer früheren Kaufkraft gelassen, auf der anderen Seite riesenhafte Gewinne geschaffen, riesenhaft selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß es sich nicht um wertvolle Goldmark, sondern um entwertete Papiermark handelt. Diese Gewinne müssen zur Besteuerung herangezogen werden. Trotz des Bedenkens, daß hierdurch eine verärgerte Steuer- und Kapitalmarkt oder eine unzulässige Verschwendungssucht über sonstige unproduktive Wirtschaftstätigkeit herbeigeführt werden kann. Es sollen in erster Linie die großen Gewinne, die in direkter oder indirekter Auswirkung des Krieges gemacht worden sind, zur Steuer herangezogen werden. Dabei muß ebenso wie bei den Kriegsgewinnen von einer Begriffsbestimmung der Nachkriegsgewinne abgesehen werden, und die Besteuerung unter Schonung des mächtigen Zuwachses den in der Nachkriegszeit emittierten Vermögenszuwachs erfassen. Vermögen bis zu 200 000 Mark sollen von der Abgabe befreit bleiben, ebenso ein Zuwachs von nicht mehr als 100 000 Mark. Die Steuerfüße sollen sich zwischen 5 und 30 vom Hundert bewegen, und die Bewertung soll bei dem Kapitalvermögen und dem umlaufenden Betriebskapital nach dem gemeinen Wert, das Grundvermögen und das lebende Betriebskapital dagegen nach Maß der Steuerpflichtigen mit dem gemeinen Werte oder mit den Gestaltungsstoffen angelegt werden.

Die unter Ziffer 1-3 bezeichneten Entwürfe liegen dem Reichstag bereits vor; die übrigen Entwürfe sind entweder bereits dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat vorgelegt oder werden diesen Körperschaften in den nächsten Tagen vorgelegt werden. Die vorstehend unter Nummern 8, 11, 12, 13, 14, 15 aufgeführten Entwürfe wollen die Bekämpfung des Vermögens sowie als irgendmöglich weiter ausbauen; nicht man weiter noch in Betracht, daß der Besitz auch noch von den Ertragssteuern der Länder und Gemeinden erfaßt wird, so ergibt sich, daß die Gesamtbelastung durch direkte Steuern gegenwärtig und künftig mit der Belastung durch indirekte Steuern im Gleichgewicht steht und dadurch dem Grundsatze einer ausgleichenden steuerlichen Gerechtigkeit Rechnung trägt. Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als dem der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts.

Hungerland.

Von Georg Berner.

64 | (Kochbuch verboten.)

Wegen der Regelung der Unterstützung für die Blinde schrieb unterdessen der Schwiegerater an Wilhelm. Der Brief lautete: „Mein lieber Sohn! Du wirst jetzt wieder Deine Mutter zu Dir nehmen. Wir achten und schätzen das alle. Aber vergiß nicht, daß andere Leute anders denken und Dir für dumme halten. Ich und auch Deine Frau, wir wollen Dir nur den guten Rat geben, laß Deine Geschwister auch etwas tun. Denn Du hast erzählt, Du für Dein Verhalten nicht und wenn es Dir mal schlecht gehen sollte, gibst Du von ihnen kaum etwas.“

Das beste Beispiel bietet Karl, an der die Mutter geschrieben hat. Er hat er 8 Mark und 50 Pfennige Gehalt und damit ist es alle. Und der Wille es fürchtlich tun. Es mag Dir ja unangenehm sein, wenn aber die Mutter jetzt mitkommt, verlaßte Karl auf Zahlung von Almosen. Ihre Namen gibt die Mutter schon her. Auch die anderen Geschwister können ihr Teil beitragen. Gehörst es nicht freiwillig, so klage auch gegen diese. Ein vernünftiger deutscher Mensch wird Dir daraus keinen Vorwurf machen.

Mit Verachtung Dein Schwiegerater.
S. B. Du bist doch noch im Verstand?
Wilhelm antwortete umgehend auf diesen Brief. Mit der Entreibung der Unterstützung gab er dem Vater ganz recht. Dieser sagte wollte er jedoch erst weiter treten, sobald die Mutter bei ihm sei. Die Frage wegen des Bedenkens aber hatte er nicht angenommen. „Ja du bist so wie andere“, sagte er, „die sofort abfallen, wenn sie aus der Arbeit ausschließen, in der sie mit ungenügenden Kenntnissen zusammen waren. Hier sind auch eine ganze Anzahl von Arbeitslosen. Ich aber, und auch noch andere, bleiben treu. Leider ist die Organisation hier noch schwach, verzeihen.“

Und trotzdem verzeihen man die anderen Sachen im Hunger und in den ersten Tagen des Oktober hat Wilhelm konnte mit der Mutter nur höchstens 10 Minuten in Gegenwart von sechs bis acht Personen zusammen kommen, die waren

Heimat zu. Die Mehrzahl war in guter Stimmung. Fast jedes hatte da draußen zahlreiche Verwandte und Freunde, die zurzeit besser wie in der Heimat waren, denn sie konnten sich satt essen. Und darauf freuten sich vor allem die Kinder, die stets Hunger litten.

Als aber die Waldenburger Berge am Horizont verschwanden, als das Riesengebirge zurückließ, wurde es still und stiller in dem Wagen. Manches vorher noch zufriedene Frauengesicht blühte erstarb drein und es floßen noch gar viele Tränen, ehe man die Grenze Schlesiens hinter sich ließ. Ganz untröstlich war die Blinde, die bis zum letzten Augenblick gehofft hatte, ein günstiges Schicksal würde es ihr ermöglichen, in der Heimat zu bleiben.

XIV.

Ungewöhnlich schnell gewöhnte sich die Paula an das Getöse in der neuen Heimat. Jetzt war es erschrocken über die Größe der Wohnung. Ihre paar Möbel verschwanden im Untergetöse und oben blieb alles leer. Über Wilhelm tröpfelte sie: „Das eine gebrauchte Du zum Wäschetrocknen, das andere wird Kinderstreu sein, wenn die Wässhühner schliefen“, sagte er. „Bei den Bergleuten, die nun nach hier kommen, ist es einmal nicht anders. Laß Dir nur erzählen, wie viele Freunde, vor allem Oberzeiger, eingerichtet sind. Ein Tisch und eine Schnapsflasche, das ist die Hauptfrage. Je mehr Sachen jemand hat, umso schwerer wird es für ihn, die Arbeit zu machen.“

Die Paula aber glaubte ihm nicht so leicht. Sie sah bei ihren Gängen durch die Kolonie gar manches Hauschen, in dem vor allen Fenstern Gardinen hingen, wo der Garten gut gepflegt war und wo ein Bild durchs offene Fenster zeigte, daß mehr als Tisch und Schnapsflasche vorhanden waren. Und geliebte Kinder sah sie, die in Arbeiterwohnungen verschwanden. Wilhelm machte sich das sagen lassen und die laut so zufriedene Paula verlangte immer entsprechende Aufzählung von einigen Möbelstücken.

Wilhelm war nicht ohne eine Idee darüber. Ganz im Gegenteil. Gerade unter den Bergleuten und Bergbauern, die zum großen Teil Eingewanderte waren, besaß die Mehrzahl sehr wertvolle Hantelarbeiten. Die Schweißmesser der Eltern und Kinder, jeder der Jungen und Mädchen waren getrennt und lagen meistens im Oberhof. Unten wurde gewaschen. Die Köche blühten nur als Köche und manche Frauen hatten sie so schön eingestrichelt

wie es nur bei schlechten besseren Leuten mit Diensthöfen der Fall war.

Die Paula erhielt beim auch von ihrem Manne das Versprechen, ihr behilflich zu sein, ein behagliches Heim zu schaffen. „Jedoch erst müssen wir zuerst Geld liegen haben, um die Sachen bar zu bezahlen“, sagte er. Eine große Ausgabe war sofort entstanden. In Westfalen gab es keine Kachelöfen; hier mußte man auf eisernen, meistens weiß emaillierten Herden. Der, den Wilhelm gekauft hatte, war ein Prachstück, kostete neunzig Mark und die Paula war stolz auf ihn. Wilhelm wunderte sich immer, wo seine Frau die Schuld hernahm, ihn stets bitzeln zu lassen. Auch Fensterordnungen hatte sie beschafft und nun stand ihr Seimen nach einer Portion und Betteln. Die Mutter und der älteste Junge sollten im Oberhof schlafen.

Schlechte Erfahrungen machte sie anfangs mit dem Einkauf. Der Fischer nannte man hier Metzger. Er hatte sie groß angesehen, als sie für zwanzig Pfennige Fleisch, aber recht mager und für zehn Pfennige Wurst, feint geschnitten, verlangte. Solche geringe Mengen verabschiedete er nicht und sie mußte ganz anders einkaufen wie in der Heimat. Auch Wilhelm war unzufriedener. Hier verlangte er des Abends warmes Essen. Seine Muttertröte, die er mit zur Arbeit nahm, folgte mit Wurst oder Käse belegt sein. Und des Mittags wünschte er stets ein Stück Fleisch und er sagte ihr, als sie mitunter im Anfange teins oder nur die schließliche Portion hinstellte: „Wenn ich hier die Arbeit anhalten und viel verdienen soll, muß ich fröhlicher wie in Schlesien essen, denn nur das, was man als Nahrung dem Körper zuführt, kann als Arbeit wieder herausgeholt werden. Wir sind ohnehin viel schwächer und kleiner als alle anderen Arbeiter. Uns nennt man hier die Abstammung des Hungerlandes.“ Ebenso wollte er jeden Abend eine Flasche Bier trinken. Als sich die Paula alles dieses klar machte und mit ihrem Gelde rechnete, fand sie das Leben viel teurer aber auch besser wie zu Haus. In dem Arbeiter merkte sie ebenfalls den günstigen Einfluß des Wessens und was auch sie, deren Brust gewöhnlich schon nach wenigen Wochen verlor, hielt das Neugeborene diesmal länger als sonst am Leben. Alles in allem sah sie schnell ein, daß man hier, wenn der Mann gesund blieb, besser und längerfristig als zu Hause leben konnte. Über übrig blieb auch nichts.

(Fortsetzung folgt.)

Stadt-Theater.
 Götterlied & Bestenstücke
 Montag 7 1/2 Uhr:
Hans Albers in
Casanovas Sohn
 Dienstag, Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
Casanovas Sohn
 mit Hans Albers.
 Schauspielhaus.
 Operntendenz. Tel. Ring 264.
 Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
„Des Hollandweibchen“.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Fehlingstee.

Liebig-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
„Berle der Straußen“
 Operette + Revue!
 mit
Erna Ritter
Paul Westermeyer

Dominikaner!!!
 Punkt 7 1/2 Uhr
 Die brillantesten 1887
Schwarzenbergs.
 Beste reisende Herren-
 Gesellsch. Deutschlands.
 Vollständig neues Schlagerprogramm
 vom 7. bis 13. August.
 Dassel — Hauer — Stimmung.

Gr. Konzert
 Montag Donnerstag Sonntag
 7 1/2 Uhr
 7 1/2 Uhr
 7 1/2 Uhr

Handenbarchent
 70 cm breit
 2.50
 „Volkswohl“
 Pantstraße 25.

Gummiwaren
 für Damen und Herren
Spülprigen
 Irigalieren 3726
 Leib- und Monatsbinden
 sowie sämtliche
Frauenartikel
 Katalog gegen Einsendung
 von 1.— 5742

Frau A. Behauer
 Kessels 6V, Deh...
 66 Friedrich-Str. 56.

Möbel
 auf Kredit
 einzelne Stücke,
 ganze Einrichtungen
 auch gegen bar
 empfohlen 3689
 polierwerk u. gebiet
Kursunky & Co.
 Rosenfelderstraße 2, L.

Waltborius Nienfong-Essenz
 12 Fl. 25 Mk., 30 Fl. 60 Mk. franko. In Apoth. u.
 sonst d. v. Laboratorium E. Walther, Halle a. S. - Tröbe- 732

Die Abtreibung der Leibesfrucht
 Zwei Gutachten
 von
Professor A. Grotjahn, Berlin
 und
Professor G. Radbruch, Kiel.
 Mk. 2.—
 Auswärts nur 50 Pf. Versandkosten.
Volkswohl - Buchhandlung

Der niedrige Stand
 unserer Preise von **Blutrot, Schwarztüchern,**
Kleider etc. ist derart, daß ein Besuch unseres
 Geschäftlokals 3780
in der Oder
 Straße 5, zweites Oberst. vom Ring,
 jeden besondere Vorteile beim Einkauf bietet.
London & Co. Oderstr. 5
 Sie empfehlen:
Größe aller Stoffe und Zeiten
 Besondere von Frau Grotjahn
 mit vielen Zeichnungen, gebunden nur 20. 4. 18
 Besondere von Frau Grotjahn mit vielen
 Zeichnungen, gebunden nur 20. 4. 18

Breslau Kaiserbrücke
 Telefon Ring 192

Morgen Dienstag
 abends 7 1/2 Uhr
Eröffnung!
 Aus dem Spielplan:
3 Rostocks
4 Aegors
4 Talaphus
Tarfars

Freiheits-Dressuren
 „Anders als die Andern“
2 Albertys
 Das vornehmste Reiterpaar.
 Alle Gäste
 Herr Direktor
Sträuburger Jr.
 mit seinem Schützlingen
Gebrüder Kühn
 und weitere
18 Sensationen

Billetverkauf nur
 Barzahl. Tel. R. 413.
 9-8 Uhr, u. eine Stunde
 vor Beginn an d. Zirkus-
 kassen. Tel. Ring 192.

Bei
 jeder **Veränderung**
 verlangen Frauen nur meine
 höher werten Mittel.
 Billigste Preise
in Gummiwaren
 Irigalieren Spülprigen, Leib-
 und Monatsbinden.
 Katalog gegen 50 Pf. Markt.
Frau B. Zander,
 Fleischer 1189d
 Breslau 3.
 Gellhornstraße 28, 1. Stock
 an der Kattellenstraße.

Gejochts-
 Jedes Gejochts: Uterus-
 tuberkulose (neu patent.
 (Immerl. West.) ärztl. Zeitung
 Jahrg. 40, 11-3, außer
 Dienstag, Sonntag 10.-12.
 Distr. Sebzig. Preis 2. 50.

Frauen-Artikel
Spülprigen
 Irigalieren 20521
 Leib- und Monatsbinden
Gummiwaren
 für Damen und Herren.
 Katalog 50 Pf. Markt.
Fr. Barthel Breslau 7, V.
 Sadowastr. 57

ZEPTEK KINO
 Regie, das
 Teufels-
 Weib, in
Gehelmband der Falken — 8 Akte —
 Außerdem:
 Waga 2919
 Frauen
 Leben
 und lassen!
 Indischer
 Prunkfilm
 — 6 Akte —

GOLIATH ARMSTRONG
 DER HERKULES DER
 JUNWARZEN BERGE
 DER GROßE
 AMERIKANISCHE
 SENSATION/FILM
 IN 6 ABTEILUNGEN
 4043
 Ab Freitag, 12. August:
 in **D. R.-Theater**

Kadrennbahn Grüneiche
 Verein für Radrennen (E.V.)
 Mittwoch, den 10. August
 nachmittags 5 1/2 Uhr. Einlaß 2 Uhr.

1. großes Abendrennen
Kleiner Rekordpreis
 über 20 Kilometer.
Großer Rekordpreis
 über 1 Stunde.
Lewanow, Berlin
Rosellen, Köln
Saldow, Berlin
Weiß, Frankfurt a. M.
 4065
 3 Fliegerrennen für Breslauer Geld-
 preisfahrer. (1 und 10 Kilometer)
 2 Fliegerrennen für Wertpreisfahrer.
Training Dienstag, nachm. 6 Uhr.

Gesellschaftshaus „Folger“
 Tel. 1411 Ofenerstraße 136. Seite 106
 7. Div. 12
 Dienstag, den 9. August:
Großes Erntefest.
 Im Saale Tanz. 3522

Ruba-Seife
 Beste Hauswäsche, garantiert rein
 Seifen- und
Rudolph Balhorn, Breslau 13, Parfümerien-Fabrik
 3 Verkaufsstellen am Platze. 7023

Wanzen und Brut
 vernichtet radikal
Rinol macht keine
 Flecke
 überall
 verwendbar
 nach 1.— 7.50 Mk. ...
 Engl. ... Hersteller: Gustav
 Nach ... Breslau & Fried... Te. R. 6194

Schicke Herrenkleidung
 nach Maß erhalten Sie, wenn Sie Ihre alten Kleider werden
 und umarbeiten.
Wittke & Wintke
 werden bei uns in tollerster Ausführung zu jedem Zweck
 paletts oder Iller umgearbeitet. Reizvolles Stofflager
 in in- und ausländischen Qualitäten. Stoffe werden zur
 Beschaffung angenommen. Günstige Bedingungen können
 bei Tages. Unentgeltliche Kostprobe werden prompt erbetet.
Jaschonek & Kleiner, Gendarmenstraße 2.

Flatow: Kommentar
 zum Betriebsrätegesetz
 nach Wahlordnung und den Ausübungsbestimmungen
 Neu: Betriebsrätegesetz, Musterarbeitsvertrag,
 Entschädigungs- & Beurlaubungsbestimmungen.
 Preis: Gebunden 15.00 Mk.
 Zu beziehen durch die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Die ...

Shauburg
 Victoria-Theater
 Neue Taschenstraße
 Anf. 8 Uhr.
 Letzte
 Vorstellung
 8 Uhr.
 Ende 11 Uhr.
 2. Vorlesung von Hauptbübel
 Uraufführung! In beiden Theatern:
12 Akte Hände hoch! 12 Akte
Poppy, Grisette
 Die Liebe zum eigenen
 Charakter — blühende
 — Schicksalskomödie —
 Hände hoch! — Der ge-
 heimnisvolle Passagier —
 Die schönste Frau von
 New-York.
Wochen-Bericht!
 In beiden Theatern: **Napp-Nohé**, der „richtige“ Komiker.

In diesen Tagen belingen wir erstmalig unser
Engelhardt-Caramel-Vollbier
 (mit dem blauen Etikett)
 zum Ausstoß.
 Dieses unser Spezialbier ist ein alkoholfreies Gesundheitsbier, aus
 reifem Malz und Hopfen und unter Zudeckverwendung hergestellt,
 das sich vermöge seiner Bestimmtheit allenthalben größter Beliebtheit
 erfreut. Wegen seines minimalen Alkoholgehaltes wird es von Ärzten
 besonders empfohlen, ebenso bevorzugt es bei geistig angestrengter oder
 überarbeiteter als Tafelbier. Weiter wird es in Krankenhäusern und
 Heilbädern speziell auch an Frauen und stillende Mütter mit bestem Erfolge
 verabreicht. Da pasteurisiert, ist es keimfrei und darum unbegrenzt haltbar.
 Ein Versuch wird Sie überzeugen und Sie und Ihre Familie zum
 ständigen Freunde unseres Spezialproduktes machen. Verlangen Sie in
 allen Gastwirtschaften oder bei ihrem Kaufmann
Echt Engelhardt-Caramel-Vollbier
 (mit dem blauen Etikett).
Engelhardt-Brauerei A. G.
 Abtl. Breslauer Unionbrauerei
 Grüneldche
 Fernspr. Ring 3853, 3854, 819.
 In allen Ladengeschäften erhältlich!

Deutsche!
 verlangt
Schirdewan-Spezial-Brantweine
Schirdewan-Edelliköre:
 Cumbaka, Kondara, Rettib, Extra,
 Spezial
Carl Schirdewan, Hornbrennerei u. Likörfabrik
 Col. Ring 453 u. 6783 - Breslau 8 - Gegründet 1763

Wir empfehlen:
A. F. C. Vilmor
Geschichte der deutschen National-Literatur
 von den ältesten Zeiten bis zu Goethes Tode,
 441 Seiten Text, gut gebunden, nur Mk. 12.—
Carl Bleibiren
Geschichte der deutschen National-Literatur
 von Goethes Tode bis zur Gegenwart, gut gebunden, nur Mk. 12.—
 Auswärts: Portozuschlag.
Verkaufsstelle: modernes Antiquariat.
 Bestellbuch:
 Hierdurch bestelle ich bei per Nachnahme
 4 Vilmor, Geschichte der deutschen National-
 Literatur von den ältesten Zeiten bis zu Goethes
 Tode Mk. 12.—
 1 Bleibiren, Geschichte der deutschen National-
 Literatur von Goethes Tode bis zur Gegenwart
 Mk. 12.— und in Vorkosten 4 3 Mk.
 Name:
 Ort und Straße:

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 8. August

Sozialdemokratischer Verein.

Heute Abend 8 Uhr

in Lisa Ditzkies Versammlungen. Kein Parteigenosse veräume den Besuch.

Deffentliche Versammlung der Jungsozialisten.

Chorgesang, Rezitation, Bericht der Genossin Sils und des Genossen Scholz von der Bielefelder Tagung. Dienstag, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, im Kleinen Saal des Gewerkschaftshauses.

Alle Jungsozialisten, Parteigenossen, Mitglieder der Arbeiterjugend und Gäste sind herzlich willkommen.

Votalsammlung. Die Distriktsversammlung des Distrikts Nr. 18 (Mikolator) ist Volener Straße 79 bei Hoffmann, und nicht bei Heinrich, Steinwauer Straße 37.

Der Arbeiterstudent.

Auf dem 4. deutschen Studententag in Erlangen spielte sich ein Vorgang ab, der wert ist, etwas genauer besprochen zu werden. Zu diesem Tag war der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eingeladen. Der Vertreter des Gewerkschaftsbundes begrüßte den neuen Studententypus, den sogenannten Werksstudenten. Das ist jeder Student, der heute in der Ferienzeit in den Fabriken oder auf den Feldern arbeiten muß, um studieren zu können.

Der Student als Arbeiter! Ein verheißungsvoller Anfang! Dieser neue Student, der einen Teil des Jahres zusammen mit dem Proletariat in der Werkstatt, in der Kohlengrube, auf dem Acker die Pflanz, die Hitze und Kälte des Tages trägt, muß ganz selbstverständlicherweise eine völlig andere Haltung gegenüber dem Proletariat im Laufe der Zeit einnehmen, als jener alte Studententypus, der in den Ferienzeiten entweder sich noch tiefer in den Büchern vergräbt, oder sich den Landeigenen und romantischen Schwärmereien des Korpsstudententums hingibt. Der Arbeiterstudent wird endlich die Brücke schlagen vom Proletariat zu den Intellektuellen hinüber. Der Arbeiterstudent wird die Kluft des Misstrauens, die immer noch zwischen dem „Mann mit den blauen Kägeln“ und dem Geistesarbeiter besteht, ausfüllen. Der Arbeiterstudent als Element der Vermittlung und Verbindung zwischen den Denkenden und Lebenden wird für das Proletariat und für den Befreiungskampf der Arbeit von ebenso großer Bedeutung sein, wie der neue Beamte, der ohne Anglistik und ohne Scheuklappen sich mutig und entschlossen auf den Boden der Demokratie und der Verfassung an die Seite der freien Gewerkschaften stellt. Als vor einigen Tagen die Annäherung der deutschen Beamtenschaft an die freien Gewerkschaften gemeldet wurde, ging ein Anglistiker durch die bürgerliche Presse. Alle die offenen und versteckten reaktionären Geister haben Angst davor, daß dem Proletariat aus den Reihen der Beamtenschaft und der Intelligenz neue Kräfte zufließen könnten.

Der Arbeiterstudent bedeutet etwas neues in der deutschen Kultur. Sein Auftreten signalisiert einen neuen Abschnitt in der Geschichte des deutschen Studententums. Wir haben erst Keime, Ansätze und Anfänge vor uns, aber verheißungsvolle Anfänge, die alle die Kleingebühren in der sozialistischen Bewegung mit neuem Mut und neuer Zuversicht erfüllen müssen. Für die Förderung des Arbeiterstudenten können die Gewerkschaften unendlich segensreiche Arbeit leisten. Niemand anders als die Gewerkschaften sind dazu imstande, für die Unterbringung der Arbeiterstudenten im Inland wie im Ausland zu sorgen. Eine Perspektive tut sich auf, glücklicherweise für die Arbeiterjugend. Alle Studenten in Deutschland arbeiten einen Teil des Jahres in Industrie und Landwirtschaft. Die Gewerkschaften vermitteln die Arbeit für diese Arbeiterstudenten. Tausende von Studenten gehen ins Ausland, wie tausende Studenten herein zu uns kommen und alle diese Studenten müssen, wenn sie als vollberechtigte akademische Bürger gelten wollen, Arbeiterstudenten sein, d. h. neben ihrem Studium auch in die Arbeit des Proletariats hineinstimmen.

Zukunftsmusik! Zukunftsmusik ja, wenn die Welt noch das Gesicht der Vorkriegszeit tragen würde. Aber sehen wir uns doch um! Täglich erzählen uns die Führer Deutschlands, daß das Schwert noch bevorsteht. Und das ist wirklich kein Witz und wenn wir die Katastrophe ansehen, in die Rußland werden hineingezogen und wenn wir mit Schauern sehen, daß ein freigeschobener Leichnam in Paris mit dem Frieden der Welt schändlicher zerschmettert, dann sind wir sicher, daß die Zeit rasch, nur allzu rasch dafür sorgen wird, daß aus dem Arbeiterstudenten nicht bloß eine vorübergehende Erscheinung wird, sondern daß der Arbeiterstudent der Student der Zukunft ist und bleibt.

Arbeiterstudent? Gibt es nicht eigentlich noch einen Doppelpänger des Arbeiterstudenten? Doch, der Arbeiter, der sich in seinen freien Stunden geistig soweit vorwärts gebracht hat, daß er fähig und reif ist, tiefer in das Studium der Wissenschaft hineinzustiegen. Die Frankfurter Akademie für Arbeit kennt ebenfalls einen Arbeiterstudenten. Diese Arbeiterstudenten kommen vor der Arbeit her zum Studium, der andere kommt vom Studium her zur Arbeit. Von zwei Seiten wird der Berg angebohrt und durchstochen, in dem heute noch vor der Höhe des Reichthums der Drache schmerzt, von dem das Wort gilt: „Ich liege und besteh, laßt mich schlafen!“

Die Gewerkschaften sagen es selbst es sei für sie jetzt eine neue Zeit angebrochen, jetzt gelte es nicht mehr, bloß Lohnkämpfe zu organisieren, jetzt gelte es den Aufbau des Sozialismus. Diesen Neuaufbau werden die Gewerkschaften am so rascher und um so sicherer herstellen, je mehr es ihnen gelingt, den Arbeiterstudenten dem Studententum als neues Ideal vorzustellen. Kurt Eisner sagte einmal, fürstlicher und herrlicher als die Kluft zwischen Besthenden und Nichtbesthenden sei

die Kluft zwischen den geistig Besthenden und geistig Nichtbesthenden. Aber es ist kein Grund zum Verzagen gegeben. Wer Augen hat, zu sehen, steht eine neue Welt wachsen. Der Arbeiterstudent ist ein Stück dieser neuen Welt, einer ganz neuen Welt.

Vom Lebensmittelmarkt.

Zurzeit höhere Preise.

Ein Pfund Kartoffeln 1.10 Mark; das ist das Neueste von dieser Woche. Auf dem Frischmarkt prägen sich die Händler um die paar Kartoffeln, die die Bauern hereinbringen; einer überbietet den anderen und so haben dann die Verbraucher die hohen Preise zu zahlen. Dasselbe Bild beim Gemüse. Sowohl Marktstellen und Händler reichlich Ware anbieten, stetig der Pfundpreis für Wirzig Kohl auf 1.50 Mark und für Weiß Kohl auf 1.20 Mark. Ein Gehund Mohrröhren muß mit 1.30 Mark bezahlt werden; wer soll denn eigentlich da nach Gemüse suchen? Grüne Bohnen liegen auf 2.50 Mark bis 3.00 Mark; der Salat, der schon immer sehr teuer war, stetig weiter im Preise. Ein Bündchen Radieschen soll mit 80 Pf. bezahlt werden, da muß ja auch dem größten Liebhaber der Appetit vergehen. Da alles im Preise steigt, konnten natürlich auch die Tomaten nicht billiger werden. Trotz des enormen Angebots blieben sie auf 2.60 Mark bis 3.30 Mark das Pfund stehen.

Der nachhaltige Sonnenschein hat das Obst sehr gut heranreifen lassen. Äpfel und Birnen sind in jeder Sorte reichlich am Platze. Eine gute Spätkirsche muß aber mit 3 Mark bis 3.50 Mark bezahlt werden; und auch ein annehmbarer Apfel kostet das Pfund 2.50 Mark bis 3 Mark. Johannisbeeren und Blaubeeren kamen ebenfalls noch reichlich heran; erstere kosten das Pfund 4 Mark und Blaubeeren 3 Mark. Die schwarzen Brombeeren werden für 3.50 Mark verkauft. In ansehnlichen Mengen erscheinen bereits die blauen Kirschen und die gelben Cierpfälzchen.

Sehr gut verkauft war der Fischmarkt. Das Pfund Kahlau oder Scheilisch kostete 1.80 bis 2 Mark; Fischkoteletts im Pfund 5 Mark. Auch Fischkoteletts, Hecht, Zander und Karpfen gehen genügend zur Verfügung.

Eier verkauften den Preis von 1.80 Mark, ja sogar schon 1.70 Mark und Butter ist wieder ein Luxusartikel geworden; unter 90 Mark wurde in dieser Woche nur noch alte und ranzige verkauft.

Das Fleisch paßt sich natürlich gern den aufwärtsstrebenden Preisen an. Und so muß die arme Hausfrau bald nicht mehr wissen, was sie der Familie zu essen vorsetzen soll. Gemüse und Kartoffeln sind unerschwinglich, auf Fleisch hat es schon immer nicht gereicht. Sollen die Kinderbrennstellen denn wirklich Hungers sterben, obwohl nur sie allein Werte schaffen?

Die letzte Sommer-Ferienwanderung

unserer Breslauer Arbeiterkinder findet am Freitag, den 12. August, statt. Das Ziel ist noch nicht festgelegt. Die Ausgabe der Teilnehmerkarten erfolgt morgen, Dienstag, nachmittags 6 Uhr im Garten des Gewerkschaftshauses unter Vorzeigung der Mitgliedsbücher der Partei oder der Gewerkschaft. Zur Teilnahme sind aber nur Kinder im Alter von 10-14 Jahren berechtigt.

Der Kartoffelpreis.

Die Pressestelle Schießen beim Oberpräsidium teilt uns mit, daß am Donnerstag eine Sitzung der Kartoffelnotierungskommission stattfand, an der u. a. auch ein Vertreter der Provinzialpreiskontrollstelle und ein Delegierter der Verbrauchervereinigung teilnahmen. Es ist gelungen, den Erzeugerpreis auf 60 Mark für den Zentner festzusetzen, dem ein Kleinhandelspreis von etwa 80 Mark entspricht. Die Bevölkerung wird unter Hinweis hierauf gewarnt, übertriebene Preise anzulegen, wie sie leider jetzt vielfach gefordert werden.

Mehr Sauberkeit auf den Straßen und Plätzen.

Dieser Artikel sollten sich alle Einwohner Breslaus zu Herzen nehmen. Eine Hauptursache, daß sich hier das Unflut nicht scheidet, alles direkt auf die Straße zu werfen, liegt wohl darin, daß Breslaus Straßen an und für sich nicht sauber sind, und dies hat wiederum seinen Grund darin, daß hier immer noch die kleinstädtische Einrichtung besteht, daß jeder Hausbesitzer seine Straße selber kehren muß. Einer kehrt zeitig, einer spät, der andere gar schon in der Nacht. Wenn nun der geringste Wind weht, dann fliegt das Papier usw. zum Nachbar, wo bereits gefegt ist. Auch wenn alle zu gleicher Zeit kehren müßten, würde der Wind doch den Unrat wieder beiseiten, bis der Müllwagen kommt. In war 7 Jahre Hauswörter in Dresden, dort gab es jeder Hauswörter an die Stadt je nach Größe seines Grundstücks und die Reinigung erfolgt von der Stadt so, daß das, was der eine Kehrer zusammenfegt, sofort von dem anderen in den Karren kommt. Dadurch sind die Straßen immer derartig sauber, daß sich tatsächlich jeder scheut, etwas wegzuworfen. Außerdem könnte die Stadt dadurch eine Menge Arbeitslose anstellen.

Dem Hauswörter würden auch keinerlei Mehrkosten entstehen, da er ja jetzt für das Kehren auch eine Menge zahlen muß und außerdem oft noch bestraft wird, weil niemand so zeitig herausgehen will.

Hier bin ich auch wieder Hauswörter des Grundstücks, das unserer A-G. gehört. Wir haben nur ungefähr 10 Meter Straßenvorplatz und zahlen für das Kehren allein pro Woche zehn Mark und geben natürlich die Kosten extra. Das Kehren dauert, mit Ausnahme des Schneeschauens, zirka 1/2 Stunde jeden Tag, das ist pro Woche 1 1/2 Stunden oder pro Arbeitsstunde 3,70 Mark. Viel mehr wird wohl ein Straßengehörer der Stadt auch nicht erhalten. Vielleicht genügt ein kleiner Hinweis in den Zeitungen, um die Sache mal im Magistrat in Erwägung zu ziehen. J. L.

Lohnbewegung der Maler.

In der letzten Versammlung der Maler gab der Geschäftsführer der Filiale Breslau einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen beim Landesarbeitsamt. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß die Arbeitgebervertreter zu einer namhaften Lohnerhöhung nicht zu bringen waren. Nach langwierigen Verhandlungen kam ein Vergleich zustande, daß für alle hiesigen Orte eine Zulage von 30 bis 35 Pf. die Stunde zu zahlen ist. Dieses Lohnabkommen beginnt am 1. August und dauert bis 15. August. Nach diesem Tage müssen neue Verhandlungen vor dem Landesarbeitsamt stattfinden.

Die Verhandlungen waren äußerst unglücklich über das geringe Entgegenkommen der Arbeitgebervertreter und es gelang nur mit vieler Mühe, einen vorläufigen Vergleich zu verhandeln. Die Verhandlung nahm folgende Gestalt an: Die am 5. August tagende Maler-, Lackierer- und Anstreicher-Versammlung nimmt die vereinbarte Lohnzulage bis 15. August an, erwartet aber, daß sofort nach dem 15. August eine entsprechende Erhöhung des Lohnes erfolgt. Wenn diese Einkunft bei den Arbeitgebern nicht vorhanden sein sollte, so muß mit allen Mitteln eine weitere Lohnaufbesserung erkämpft werden. Die beschlossene Verhandlung darüber muß am Verhandlungstage des Landesarbeitsamtes stattfinden.

Verband der Fabrikarbeiter.

In der Quartalsversammlung im Gewerkschaftshaus, die zum ersten Male von den gewählten Delegierten zusammengekehrt war, gedachte man zunächst der im verflochtenen Quartal verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise. Der 1. Beauftragte, Kollege Harb, erstattete sodann den Geschäftsbericht. Er erläuterte eingehend die Arbeiten, die im Laufe des Quartals zur wirtschaftlichen Besserstellung der Mitglieder erforderlich waren und von welchem Erfolge sie begleitet gewesen sind. Ganz besonders wurde auf die Vorkommnisse in der Ziegel-Industrie und deren Resultat hingewiesen.

Dann wurden auch die verschiedenen anderen Lohnbewegungen nebst den sonstigen Erscheinungen, wie Aussperrungen und Streiks in den übrigen Industriezweigen, besprochen. Dabei zeigte es sich, wie notwendig es die gesamte Arbeiterchaft hat, einig und geschlossen hinter der Organisation zu stehen. Infolge des wirtschaftlichen Rückganges hatte die Organisation ihre Tätigkeit besonders einzustellen, um allwärts ausgesprochenen Kündigungen, Entlassungen und der Kurzarbeit entgegen zu wirken. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist infolge der oberhöchsten Verhältnisse im weiteren Wachsen begriffen. Hinwiegend auf die erneut einsetzende Teuerung ersuchte Kollege Harb um tatkräftige Unterstützung und Mitarbeit aller Funktionäre, um den Organisationen der Unternehmer in den kommenden Lohnbewegungen eine geschlossene Front der Arbeiterchaft gegenüberstellen zu können.

Aus dem vom Kollegen Hlobinski erfolgten Kassensbericht ist zu entnehmen: Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse bilanzierte mit 190 050,85 Mark, die der Nebenkasse mit 133 134,62 Mark. Im Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden 89 609,60 Mark ausgegeben. In eingehender Weise erläuterte Kollege Hlobinski die einzelnen Positionen. Den Revisionsbericht gab Kollege Hedler. Auf seinen Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Kollege Weide ging in der darauf folgenden Diskussion näher auf die Streiks in der Ziegelindustrie ein und beleuchtete deren Verlauf. Desgleichen fanden noch weitere Anträge ihre Erledigung. Sodann wurde zu den Vorschlägen der Disziplinierung hinsichtlich der freiwilligen Beitragsklasse, sowie der Neuregelung der Vorkassensbeiträge Stellung genommen. Die Delegierten nahmen an den Debatten lebhaften Anteil und stimmten einer obligatorischen Einführung des freiwilligen Beitrages, wie auch der Erhöhung der Vorkassensbeiträge zu. Die letzteren betragen ab 1. August für die männlichen Mitglieder anstatt 60 Pf. nun 75 Pf. für die weiblichen Mitglieder ab 1. August anstatt 55 Pf. nun 50 Pf. Es fanden noch einige kleine Anträge ihre Erledigung. Mit einem Appell an die Mitglieder, ihre ganze Kraft für das hohe Ziel der Arbeiterbewegung einzusetzen, um allen kommenden Säkern zu trotzen, fand die Versammlung ihr Ende.

Die Jungsozialisten in Bielefeld.

Zur Versammlung der Jungsozialisten am morgigen Dienstag wird uns geschrieben:

Dem ersten internationalen Arbeiterjugendtag in Bielefeld am 30. und 31. Juli ging am 29. Juli die Reichskonferenz der Jungsozialisten voraus. Zum ersten Male trafen sich hier junge Sozialdemokraten beiderlei Geschlechts mit dem Ziele, sich auszusprechen über das Wollen des Jungsozialismus. Die Referate wurden von F. K. Müller, Magdeburg und Bach-Stuttgart gehalten. Das Wesentlichste aus Müllers Ausführungen ist, daß heute ein Schrei nach Tat durch die Welt ginge und diese Taten vom Jungproletariat vollbracht werden sollen. Die Jungen betrachten den Sozialismus der Alten gern als ein Streben nur nach materiellen Dingen. Aber diese Auffassung ist falsch. Die Arbeiterchaft ist einem unendlich schweren, keimigen Weg gegangen. Um ihn gehen zu können, brauchte sie J. d. e. a. l. i. s. m. u. s. In dem harten Ringen um wirtschaftliche Güter sind die Arbeiter vielfach etwas dürr und stark geworden. Nun, die Jugend mit ihrem feurigen, heiligen Idealismus auf dem Plan tritt, hat sie die Verpflichtung, diesen ihren Idealismus sich auswirken zu lassen zum Wohle der Gesamtheit. Ihr Wollen müßte sonst sterben wie eine Pflanze ohne Sonne und Luft. Das Jungproletariat darf sich nicht abschließen von der älteren Arbeiterchaft, es muß im Gegenteil Fühlung mit ihr gewinnen und die gesamte Partei mit seinem Wollen durchdringen und vertraut machen. Nur so kann der Jungsozialismus werden, was er sein soll: Das Element, das die sozialistische Bewegung vorwärts treibt, neue Linien der Entwicklung weist!

Bach-Stuttgart versprach zu Anfang seines Vortrages viel, als er anhub: Kampfenossen! Aber dann entäuerte er uns. Er war sehr sachlich, kühl, ohne Flug und Schwung. Zu viel Verhörmomente, Angeklärtes, ist in seiner Rede, zu stark betont die Notwendigkeit, das Irrationale, das Gefühlsmäßige in den Vordergrund zu stellen, verliert sich in Theorien und blauen Nebeln. Wenn Jugend gesteigertes Lebensgefühl, Kampfesfreude ist, so hatte Bach nichts davon.

Wir Breslauer stehen an unserer gegensätzlichen Auffassung keinen Zweifel. In erster Linie sind wir junge Kämpfer für die Überwindung des Unrechts, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit sich bringt, erstreben wir eine grundlegende Umgestaltung unserer wirtschaftlichen Lebensbedingungen. Eine neue Kultur ist ohne diese Vorbereitungen einfach nicht möglich.

Im Jungproletariat lebt eine starke Sehnsucht nach edler, höherer Lebensgestaltung. In uns jungen Menschen glüht der Wunsch, die grauenhaften Reste einer barbarischen Epoche auszu tilgen.

Gegen den völkermordenden Haß gegen Raschgeflühte, Brutalität, den graulichen Wahnsinn des Krieges, der unsere Jugend vergiftet hat, richtet sich unser Kampf. Anstelle der irratischen blutigen Frage des Kriegsgötzen sehen wir das Ideal der Humanität, des Menschentums.

Wir wollen schlagen aus der Seele sozialistischer Jugend und erheben die gemarterte, qualvoll finstere Erde mit morgenrotem Sonnenlicht.

Zahnärzteleongee in Breslau.

Der große Konzerthausaal birgt zurzeit eine kostbare Ausstellung aller für die Ausbildung des zahnärztlichen Berufes erforderlichen Gegenstände. Neben einigen hiesigen Firmen haben besonders eine Anzahl Großfirmen aus Süd- und Mittelschlesien ausgestellt. Die Ausstellung ist nicht nur für den Fachmann wichtig, sondern erregt auch bei dem Laien viel Interesse. Da ist z. B. die Aktiengesellschaft Rupp-Hein, die aus dem Platinfluß, woraus sie früher Kriegsmaterial herstellte, zahnärztliche Bedarfsartikel, Stahlgebisse, Stützgebisse usw. fabriziert, die auch noch den Vorzug haben, bedeutend haltbarer zu sein, als Kautschuk oder Gold. Von den anderen ausstellenden Firmen seien noch erwähnt, die Zeilwerke-Jena, die einen neuen Mundbelüftungsinstrumente vorführen, Siemens-Halske-Berlin mit Röntgenstrahlungen und Dental-Instrumenten, Arnold Biber-Flora, die vollständige Operations- und Arbeitszimmer-Einrichtungen ausstellt, und Schilke und Wagner-Hamburg mit seinen Desinfektionsmitteln. Nicht unerwähnt bleiben sollen die ausgetrockneten anatomisch-naturhistorischen Lehrmittel von Professor Dr. Wilhelm Bennigshoven.

Wohl angeheuer Wert moderne Röntgenstrahlungen von Zahnärzten haben, ist daran zu erkennen, daß eine ausgestellte amerikanische Universalmaschine 100 000 Mark kostete.

